Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60 Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5. Dienstag den 7. Januar 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen.

Die agrarische Amerikahetze.

Die Agrarier hetzen zielbewußt und mit aller Energie zu einem Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie machen gar kein Hehl daraus. Sie wollen nicht bloß die Zölle, sie wollen den Zollkrieg. Sie wollen es auf eine wirthschaftliche Kraftprobe ankommen lassen zwischen Deutschland und Nordamerika. Nur von diesem Gesichtspunkte ist ihre Politik zu begreifen, die in jedem einzelnen Artikel darauf hinausgeht, die Amerikaner zu verletzen und zum höchsten Widerstand zu reizen. Die Agrarier sind viel zu sehr geriebene Geschäftsleute, um nicht einzusehen, daß die Amerikaner aus freien Stücken niemals Deutschland zu Liebe Zollherabsetzungen gewähren würden, wenn man auf deutscher Seite nicht ebenfalls durch Zollherabsetzungen Amerika entgegenkommt. Dennoch verlangen sie zu gleicher Zeit Erhöhung der deutschen Zölle und Herabsetzung der amerikanischen. Das hat keinen anderen Sinn als die Provokation des Zollkriegs. Der Zollkrieg bedeutet: man ruinirt die fremde und die eigene Industrie, wirft Massen von Arbeitern aufs Pflaster, bringt viele Geschäftsleute zum Bankerott und wartet ab, wer das länger aushalten kann.

Versuchen wir, uns, soweit es möglich, Rechenschaft zu verschaffen, was ein Zollkrieg mit Amerika Deutschland kosten würde.

Wir nehmen die neueste amtliche Statistik über die Entwickelung des deutschen Handelsverkehrs mit den Vereinigten Staaten zur Hand. Sie beginnt mit den Worten: „Seit 1898 sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika im deutschen Spezialhandel das bedeutendste Einfuhrland, im Jahre 1900 stehen sie in der Ausfuhr an dritter und im ganzen Außenhandel an zweiter Stelle“. Seit 1891 bis 1900 hat sich die deutsche Waareneinfuhr aus den Vereinigten Staaten, fast ununterbrechend steigend von 456 Millionen Mark auf 1020 Millionen Mark vermehrt, also mehr als verdoppelt; während der gleichen Zeit stieg die deutsche Ausfuhr von 357 auf 439 Millionen Mark. Deutschland hat also einen steigenden Bedarf für amerikanische Waaren, bereits ist Amerika seine wichtigste Einfuhrquelle, und diese soll durch Zollerhöhungen erschwert, durch den Zollkrieg gänzlich abgeschnitten werden!

Man müßte nun glauben, wenn man die Agrarier hört, daß Deutschland aus Amerika hauptsächlich Brodgetreide einführe. Das ist aber keineswegs der Fall. An der Spitze der deutschen Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht rohe Baumwolle, deren Einfuhrwerth 259 Millionen Mark im Jahre 1900 war, dann folgt Mais mit 104 Millionen Mark, rohes Kupfer mit 101 Millionen Mark, Schweineschmalz mit 69 Millionen Mark, raffinirtes Petroleum mit 58 Millionen Mark, Weizen mit 61 Millionen Mark, Maschinen mit 32 Millionen Mark u. s. w. Die amtliche Statistik führt 34 Waarenartikel an, die zusammen ihrem Werthe nach 92 Prozent der deutschen Waareneinfuhr aus den Vereinigten Staaten umfassen. Gruppirt man diese Artikel nach der Verwendung, welche dieselben in Deutschland finden, so erhält man die folgenden Zahlen:

	Millionen Mark
1) Rohstoffe für die Industrie	486,1
2) Futtermittel, Dünger, landwirthschaftliche Maschinen	180 2
3) Nahrungsmittel für Menschen	175,6
4) Gegenstände der Haushaltung (Petroleum und Nähmaschinen)	71,4
5) Maschinen für die Industrie	9,5

Man ersieht aus diesen Zahlen klar, daß vor allen Dingen nicht etwa der Konsument, sondern die deutsche Industrie auf die amerikanische Einfuhr angewiesen ist. Wer die Zufuhr der Rohstoffe aus Amerika abschneidet, untergräbt die Grundlagen selbst der deutschen Industrie. Auch die landwirthschaftliche Entwicklung würde darunter sehr zu leiden haben. In erster Linie kommt dabei die Einfuhr von Mais in Betracht, der als Futtermittel auch in Deutschland immer mehr sich das Feld erobert. Die deutsche Maiseinfuhr aus den Vereinigten Staaten hat im letzten Jahrzehnt eine ungemein rapide Entwicklung durchgemacht: sie ist von 1,2 Millionen Meterzentner im Jahre 1891 auf 11,2 Millionen im Jahre 1900 gestiegen. Wenn man die Einfuhr dieses wichtigen Futtermittels, ferner des Mineraldüngers und der landwirthschaftlichen Maschinen aus Amerika hindert oder mit hohen Zöllen belegt, so vertheuert man nicht unwesentlich die landwirthschaftliche Produktion. Aber das kümmert die Agrarier wenig, wenn ihnen nur durch hohe Brodzölle Theuerungspreise gesichert werden. Mag auch die Landwirthschaft zu Grunde gehen, wenn nur die Rente steigt! Erst hinter dem Produktionsbedarf der Industrie und der Landwirthschaft kommt der Konsument an die Reihe. Das Nahrungsbedürfniß des Volkes ist ja nach agrarischer Ansicht nur dazu da, um besteuert zu werden. Also kein Wort mehr darüber. Aber ein Zollkrieg mit Amerika würde, wie unsere Uebersicht zeigt, außer den Nahrungsmitteln auch noch einen wichtigen Gegenstand des täglichen Gebrauchs, das Petroleum, vertheuern. Da die Petroleumlampe gerade in den ärmeren Haushaltungen, denen Elektrizität und Gas unzugänglich sind, nicht mehr entbehrt werden kann und andererseits das Petroleummonopol konkurrenzlos dasteht, so würde eine Erhöhung der Petroleumpreise weniger eine Einschränkung des Petroleumverbrauchs als des sonstigen Haushaltungsbedarfs, darunter auch der Nahrung, nach sich ziehen.

Die Schäden, welche Deutschland durch eine Verhinderung oder Erschwerung der amerikanischen Waarenzufuhr zugefügt worden wären, wären enorm, sie könnten geradezu verhängnißvoll werden für die gesammte wirthschaftliche Entwicklung des Landes.

Sehen wir uns nun den deutschen Export nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika an. Er steht ganz gewaltig hinter dem Export aus Amerika zurück — ein Beweis, daß die Amerikaner viel eher auf die deutsche Zufuhr, als die Deutschen auf die amerikanische verzichten können. Und währenddem die amerikanische Einfuhr nach Deutschland sich in einer kleineren Zahl größerer Posten, wie Baumwolle, Kupfer, Getreide, zusammenfassen läßt, ist die deutsche Waarenausfuhr nach den Vereinigten Staaten unendlich zersplittert, besteht zumeist aus sehr geringfügigen Beträgen — das beweist, daß sie für den amerikanischen Import nicht ausschlaggebend ist und jeder einzelne Artikel leicht durch eine andere Bezugsquelle zu ersetzen wäre. An der Spitze der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten stehen die Textilwaaren mit 98 Millionen Mark, dann folgen der Zucker mit ca. 70 Millionen Mark und die Produkte der chemischen Industrie. Unter den Textilwaaren nehmen wiederum die erste Stelle die Baumwollwaaren ein — 46 Millionen Mark. Die deutsche Baumwollindustrie lebt von der amerikanischen Baumwollezufuhr; durch einen Zollkrieg mit Amerika würde sie den Ast abhauen, auf dem sie sitzt.

Durch den Zollkrieg würde Deutschland nicht nur den amerikanischen Markt verlieren. Da es sich dadurch die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel vertheuern würde, so würde seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt überhaupt abnehmen. Die anderen Länder oder Amerika selbst würden ihm einen Markt nach dem anderen abjagen. In dieser Erweiterung ihres eigenen und des fremden Absatzes auf Kosten Deutschlands würden die Vereinigten Staaten Ersatz finden für den Verlust des deutschen Markts. Wird der Import der amerikanischen Baumwolle nach Deutschland verhindert, so geht sie deshalb nicht verloren, sondern sie wird in Amerika oder England, Frankreich ꝛc. verarbeitet, verdrängt die deutsche Waare und gelangt vielleicht sogar noch als Fabrikat nach Deutschland.

Diese Thatsachen mögen unbequem sein, aber sie sind nicht aus der Welt zu schaffen. Und sie sprechen eine beredte Sprache. Sie besagen, daß im Falle eines Zollkriegs mit den Vereinigten Staaten auf Seiten Amerikas alle Vortheile wären. Aber die Agrarier hätten freilich den Nutzen von der Steigerung der Getreidepreise und vielleicht würde es ihnen auch gelingen, auf Kosten der Industrie eine Herabsetzung der amerikanischen Zuckerzölle zu erlangen. Brodmangel, der Hungernothspreise sichert, und das freie Land unter Rüben, um den daraus gewonnenen Zucker nach Amerika zu schaffen — das gäbe zusammen ein Junkerparadies. In diesem Paradiese würde die Industrie ersticken und das Volk verhungern. Gleichviel! diese Zustände herzustellen, das — so erklärten frech die Agrarier von der Tribüne des Reichstags — erfordere das „nationale Interesse“, das sei die höchste „patriotische Pflicht“, das wäre der „nationale Stolz“ Deutschlands!

Das Landinteresse — (ihr versteht vielleicht
Die Phrase besser, laßt ihr Land hinweg) —
Das eigene Landinteresse seufzt und fürchtet,
Der Arme möcht im Ueberflasse leben.
Ihr Renten steigt, erhöhet eure Scheine,
Daß die Minister in der Mehrheit bleiben,
Daß nicht die zartgesinnten Patrioten
Das Brod bis auf den Marktpreis fallen lassen.

. . . . . .

. . . Nieder Alles, und hinauf die Rente!
Ihr Wohl und Weh, Leid, Freud', Religion,
Tod, Leben, Ziel ist — Rente, Rente, Rente!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Stellung Dr. Klügmanns, des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Hansestädte in Berlin, soll, wie uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite versichert wird, stark erschüttert sein. Als Grund wird uns angegeben: Das Schweigen Klügmanns bei der Berathung des Zolltarifs im Reichstage. Man verargt es ihm, daß er keine Veranlassung genommen hat, — trotz Provokation durch die Zolltarifgegner! — den ablehnenden Standpunkt der von ihm im Bundesrathe vertretenen drei Hansestädte darzulegen.

Die internationale Zuckerkonferenz gilt als gescheitert. Dem Brüsseler „Soir“ zufolge wird der Wiederzusammentritt, der zunächst bis zum 20. Januar verschoben ist, wohl kaum mehr stattfinden.

Das Leder des langen Herrn Möller und das Gummi elastikum des Zolltarifs. Ueber ein intimes Verhältniß des langen Möller zum Zolltarif weiß der „Vorwärts“ Seltsames zu berichten:

Zu Nr. 557 heißt es in der Begründung (des Zolltarifs): „Anträge auf Erhöhung des Zolles für Treibriemen aus Leder . . . liegen nicht vor. Gleichwohl wird eine Zollerhöhung . . . nicht zu umgehen sein.“ Dieser Widerspruch wird dann u. a. damit zu rechtfertigen gesucht: „Für die vorgeschlagene Erhöhung des jetzigen Zollsatzes ist ferner anzuführen, daß in neuerer Zeit Treibriemen aus chromgarem Leder hergestellt werden, die besonders hochwerthig und dabei von leichtem Gewicht sind.“

Der „Vorwärts“ giebt nun ein Inserat der Firma Fr. Möller, G. m. b. H., Chromgerberei, Brackwede, Westfalen, wieder. Dieses Inserat preist als Spezialität der Firma:

„Unser garantirt unbeschwertes Chromriemenleder hat die doppelte Festigkeit, viel größere Geschmeidigkeit, Elasticität, Adhäsion und Widerstandsfähigkeit gegen ätzende Stoffe und Hitze als lohgares Leder.

Es reckt sich nicht in normalem Betriebe,
Chromriemen ersparen Kraft . . . ꝛc. ꝛc.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“:

Auch Herr Möller hat keinen Antrag auf Zollerhöhung für Riemenleder gestellt — denn die Begründung hebt ja ausdrücklich hervor, daß Anträge nicht vorlagen. Dennoch hat der preußische Minister Möller nicht verhindern können, daß der Zoll mit Rücksicht auf ein Spezialprodukt erhöht wurde, das die Chromgerberei Möller herstellt, ohne daß sie einen erhöhten Zollschutz für geboten gehalten und beantragt hätte. Herr Möller als Lederfabrikant hält einen verstärkten Zollschutz für sein Produkt für unnöthig, Herr Möller als Minister ignorirt mit einer erstaunlichen Selbstverleugnung den Verzicht seiner Firma und läßt ihr ruhig den nicht gewünschten gesteigerten Zollschutz dennoch zukommen, obendrein unter Berufung an die von der Firma gepflegte Spezialität!

Es lebe die Chromgerberei! Es lebe der Schutz der nationalen Arbeit!

Der Duellblödsinn hat abermals ein junges Menschenleben zum Opfer gefordert. Aus Jena wird berichtet: Zwischen dem Leutnant Thieme vom hiesigen 94. Infanterie-Regiment und dem Studenten Held aus Halle entstand am Neujahrsmorgen auf offener Straße ein Wortwechsel, worauf der Student dem Offizier Ohrfeigen versetzte. Infolge dieses Rencontres fand Sonnabend Morgen ein Pistolenduell statt. Der Student blieb todt auf dem Platze, der Offizier erhielt nur eine leichte Verletzung. — Die Lehren des Insterburger Duells haben nicht lange vorgehalten.

Zu dem deutsch-venezolanischen Konflikt wird nunmehr offiziös mitgetheilt, daß die deutschen Forderungen zwei bis drei Millionen Mark betragen. Sie setzen sich zusammen aus den Entschädigungen für Verluste, welche deutsche Reichsangehörige bei früheren Unruhen in Venezuela erlitten haben und einer unbezahlten Zinsrate. In Meldungen aus Amerika war bisher immer von 2 Millionen Dollars, also mehr als 8 Millionen Mark die Rede.

Wo bleibt der Staat? Der beim Eisenbahnunglück bei Altenbeken schwerverletzte Hülfsheizer, verheirathet und Familienvater, ist jetzt auf die 1,30 Mk. Krankengeld, welche ihm zustehen, angewiesen. Da er aber davon mit Familie nicht existiren kann, wird, wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, dort in privaten Kreisen eine Sammlung veranstaltet, um dem bedauernswerthen Mann über die schlimmste Zeit hinwegzuhelfen.

Der Gumbinner Mordprozeß vor dem Reichsmilitärgericht. Der erste Senat des Reichsmilitärgerichts, der am 11. d. Mts. für die Revision im Krosigk-Prozesse zu verhandeln hat, wird, nach Meldungen Berliner Blätter, folgendermaßen zusammengesetzt sein: Den Vorsitz führt Generalmajor v. Kaltenborn-Stachau; als militärische Richter fungiren die Majore v. Arnim, v. Trotha und v. Heiniccius; als juristische Mitglieder nehmen an den Verhandlungen theil: Senatspräsident Prof. Dr. Kaltenbach und die Reichs-Militärgerichtsräthe Mentz und Tewele. Der Angeklagte Marten wird durch den Rechtsanwalt Dr. Simson vertheidigt werden, aber am Verhandlungstage nicht selbst erscheinen, da ein in Untersuchungshaft Sitzender kein Recht auf persönliches Erscheinen hat.

Agrarischer Terrorismus. Ueber die Landwirthe, welche die Rüben an ringfreie Zuckerfabriken geliefert haben, ist der Landtagsabgeordnete Ring-Düppel entrüstet. Ring, der Führer des Milchrings, dessen Bestreben auf Vertheuerung der Milch gerichtet ist, droht in der „Deutschen Tageszeitung“ „rücksichtslos die Namen“ derjenigen Landwirthe zu veröffentlichen, „die schnöden Eigennutzes halber“ ihren Kollegen in den Rücken fallen.

Ein Reichsamt für das gesammte Bildungswesen befürwortet der deutsche Verein für das Fortbildungsschulwesen in einer Eingabe an den Reichskanzler. Die Gründe, welche von dem genannten Verein im Interesse einer einheitlichen Ordnung des Fortbildungsschulwesens geltend gemacht werden, sind folgende:

Daß das amerikanische Unterrichtswesen, mit neuen Gedanken befruchtet, allen Fortschritten zugänglich ist, verdankt es im Wesentlichen dem Bureau of Education in Washington. Deutschland entbehre einer solchen pädagischen Beobachtungsstation; selbst die Unterrichtsstatistik der einzelnen Bundesstaaten sei so ungleichmäßig, daß sichere statistische Angaben für das gesammte Bundesgebiet sehr erschwert sind. Seit dem Jahre 1893 ist die Frage bei uns um dessentwillen eine noch brennendere geworden, weil man in Frankreich, England und besonders Amerika auf dem Gebiete des Volks- und gewerblichen Schulwesens mit Riesenschritten Reformen zustrebt, welche bei uns nicht die verdiente Beachtung finden. Eine unbeeinflußte Reichsbehörde, ein Reichsamt für das gesammte Bildungswesen würde als Sammelstelle von Unterrichtsmitteln auch eine unvergleichliche Bildungsstätte für pädagogische Studien abgeben.

Kleine politische Nachrichten. Die Nachricht von der Erkrankung des Zentrumsabgeordneten Schädler bestätigt sich erfreulicher Weise nicht. Die „Germania" hat auf Anfrage die Nachricht erhalten, daß Dr Schädler keineswegs krank ist, sondern sich sehr wohl befindet — Alle Polen-Vereine Westfalens wurden behördlich davon verständigt, daß, wenn künftig in Versammlungen nicht die deutsche Sprache angewandt würde, polizeiliche Auflösung erfolgen würde. — Der Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Reichsräthe beschloß über den Beschluß der Abgeordnetenkammer, betreffend die Zulassung von Israeliten als richterliche Beamte, zur Tagesordnung überzugehen Ferner hat der Ausschuß beschlossen, über die in der Kammer erfolgten Angriffe auf diejenigen Reichsräthe, welche Mitglieder des Aufsichtsraths der Schuckertgesellschaft sind, weder zu verhandeln noch zu beschließen. — Im Alter von 85 Jahren starb in Zürich John Reitenbach, ein Mitglied der alten preußischen Fortschrittspartei, dessen Namen in dem Verfassungskonflikt der sechziger Jahre wegen seiner beharrlichen Verweigerung der Steuerzahlung viel genannt war. — Stellenlose Bäckergehilfen stürmten Freitag Abend das Arbeitsvermittlungsbureau in Budapest. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein. Vier Personen wurden schwer verwundet und viele Verhaftungen vorgenommen. — In Rivoli (Algier) kam es aus einem ganz unbedeutenden Anlaß zu Streitigkeiten zwischen Eingeborenen, die von ihren Gewehren Gebrauch machten. Drei Eingeborene wurden getödtet und sechs schwer verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Italien.

Filippo Turati, der wiedergewählte Abgeordnete des fünften Wahlkreises von Mailand, hat erklärt, sein Mandat nicht annehmen und dem Kammerpräsidenten dies mittheilen zu wollen. Nachdem er sich in diesem Sinne mehreren Zeitungsberichterstattern gegenüber geäußert hat, veröffentlicht er jetzt in seiner „Critica Sociale" seine Gründe für das mehr als auffällige Verfahren, welches den ohnehin so unerquicklichen Streit in der sozialdemokratischen Partei noch mehr verbittern muß. Seine Wähler, sagt er, hätten für den ernsten, seiner Verantwortlichkeit bewußten Sozialismus gestimmt, für den Sozialismus, der die Massen erzieht und hebt, nicht aber die Individuen aufreizt. Sie hätten die Fabel zu nichte gemacht, daß es in der Partei zwei Flügel, zwei Tendenzen gebe, daß Diktatur existire ꝛc. Die Wähler hätten für den Sozialismus der That, nicht für den apokalyptischen Sozialismus sich erklärt, sich gegen die phrasenhafte Revolution entschieden und für die viel „gefährlichere" Revolution der täglichen That. In dieser Weise stellt Turati noch in weiteren Ausführungen die „Reformer" und „Revolutionäre" einander gegenüber und erklärt, für den ernsten Sozialismus wirken zu wollen durch die That, durch Wort und Schrift. Das könne aber auch außerhalb des Parlaments geschehen. Sein Abgeordnetenmandat werde er nicht annehmen.

England.

Dr. Krause flüchtig? Aus Berlin wird gemeldet: Der Prozeß gegen den ersten Staatsanwalt von Transvaal, Dr. Krause, der in London verhaftet und später gegen eine Kaution von 80 000 Mk. vorläufig freigelassen wurde, soll Mitte Januar vor den englischen Geschworenen stattfinden. Dr. Krause ist, wie bekannt, des Versuches zur Aufreizung zum Morde angeklagt, die er in einem an den inzwischen kriegsgerichtlich erschossenen Dr. Broeksma gerichteten Briefe begangen haben soll. Während der letzten Wochen weilte Dr. Krause bei Verwandten in Berlin, wo gleichfalls ein aus Transvaal ausgewiesener Bruder von ihm als praktischer Arzt lebt. Er ist erst heute abgereist. Diese Abreise wird in Verbindung gebracht mit dem von einigen begüterten Burenfreunden ihm gemachten Anerbieten, die Kautionssumme für ihn zu erlegen, um ihn vor der bei der Stimmung der englischen Geschworenen sicher bevorstehenden unschuldigen Verurtheilung zu langjähriger Zuchthausstrafe zu retten.

Spanien.

Der große Streik in Barcelona, der anscheinend bereits im Abflauen war, soll Freitag zu größeren Unruhen geführt haben. Offiziös wird darüber gemeldet: Mehrere Tausende Ausständige, Männer und Frauen, denen sich zahlreiche Dorfbewohner angeschlossen hatten, durchzogen Freitag die Vorstädte San Andres, San Martin, Gracia und Babalona und bewarfen die Fabriken, von denen viele sehr stark beschädigt wurden, mit Steinen. Einige Arbeiter, welche die Arbeit nicht eingestellt hatten, wurden durch Steinwürfe verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei wollte die Fabriken schützen, wodurch es zu einem Zusammenstoß mit den Ausständigen kam, von denen einige auf die Polizei schossen. Schließlich mußte Kavallerie eingreifen; mehrere Personen wurden verwundet. Der Generalkapitän gab den Kavallerieregimentern den Befehl, sich zur Besetzung der Straßen bereit zu halten. Die nach der Umgegend führenden Wege wurden von der Polizei bewacht. Der Gouverneur untersagte alle Versammlungen; trotzdem hielten Arbeiterinnen eine Versammlung ab, in welcher sie beschlossen, die ausständigen Arbeiter zu unterstützen und in den Ausstand zu treten. Sie verlangen einen neunstündigen Arbeitstag. Einer Meldung des Madrider „Imparcial" aus Barcelona zufolge wird die Stadt wahrscheinlich in den Belagerungszustand versetzt werden.

In Merja kam es zu Unruhen wegen der Akzisegebühren. Die Bureaus der Akzisebeamten wurden in Brand gesteckt. Man fürchtet den Ausbruch von Unruhen auch in anderen Städten.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Sämmtliche noch im Felde stehenden Burenführer sind gewillt auszuharren, bis die englische Invasion abgeschlagen ist. Aus Brüssel meldet „Daily Mail": Auf Anregung des Präsidenten Krüger hat Schalk Burger an alle Burengenerale und Kommandanten ein Rundschreiben gerichtet, worin er sie über ihre Meinung hinsichtlich der Friedensbedingungen befragte. Präsident Krüger hat nunmehr Burgers Antwort empfangen; danach erklären alle Führer, daß sie nicht eher die Waffen niederlegen, bis die britische Regierung die völlige Unabhängigkeit beider Republiken anerkannt hat. — Eine Depesche des Generals Kitchener aus Johannesburg meldet: Bruce Hamiltons Kolonnen machten seit dem 29. Dezember östlich von Ermelo 100 Gefangene, unter denen sich General Erasmus befindet, und erbeuteten eine beträchtliche Menge Wagen und Vieh. — Aus der Sonnabend in London veröffentlichten Verlustliste ergiebt sich, daß die Zahl der bei Tweefontein Verwundeten 45 mehr beträgt, als bisher gemeldet wurde. Ob damit die Liste schon vollständig ist? — Dem „Standard" wird aus Pretoria über erneute Thätigkeit der Buren im Zusammenhang mit dem System der Blockhäuser berichtet. Dewet soll den Kommandanten eingeschärft haben, den Bau weiterer Blockhäuser mit allen Mitteln zu verhindern. Man macht sich deshalb englischerseits auf neue Kämpfe gefaßt.

Amerika.

Schiffskatastrophe. Unweit Eureka (Kalifornien) kollidirte der Küstendampfer „Wallawalla" von San Francisco, nach den Pugethäfen bestimmt, mit einem unbekannten französischen Segelschiffe. „Wallawalla" sank binnen fünfzehn Minuten. Die Passagiere, meist Goldsucher für Klondyke, waren noch in den Betten und 45 Personen ertranken. Der französische Segler verschwand nach dem Zusammenstoß im Nebel. Die „Wallawalla" hatte 84 Passagiere und 60 Mann Besatzung. Ein Boot mit sieben Ueberlebenden und sechs Todten erreichte die Küste, ein Dampfer brachte dann 67 Personen und ein anderer 14. Ein Floß mit Menschen wurde bei der Humboldt-Rettungsstation gesehen. — Eine spätere Liste führt 26 Passagiere und 38 Mann von der Mannschaft des Dampfers „Wallawalla" als vermißt auf.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 6. Januar.

Der wirthschaftliche Niedergang wird seitens der Unternehmer in ausgiebigem Maaße ausgenutzt, um den Arbeitern wieder einmal ihre „Macht" fühlen zu lassen. Kommt ein Arbeiter, der bereits seit längerer Zeit bei einem Arbeitgeber beschäftigt war, etwas zu spät, flugs wird er entlassen. Ein solches Verhalten ist Leuten gegenüber, die sonst stets ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan haben, gewiß nicht angebracht. Einer dieser Arbeitgeber, welche in so unschöner Weise mit ihren Arbeitern umspringen, ist die bekannte Weinhandlung von Schmidt und Martens, Untertrave. Dort wurde ein Arbeiter, der seit längerer Zeit bei der Firma beschäftigt war, am Tage nach Neujahr entlassen, weil er ¾ Stunde zu spät zur Arbeit gekommen war. Der Mann ist sonst regelmäßig pünktlich auf seiner Arbeitsstelle erschienen; jetzt aber, wo er einmal durch einen unglücklichen Zufall etwas später zur Arbeit kommt, wird er entlassen. Wie soll man ein solches Vorgehen am Treffendsten bezeichnen?

Im Zeichen der Krise. Am Sonnabend Abend wurden auf der Koch'schen Schiffswerft ca. 40 Nieter ꝛc. wegen Arbeitsmangels entlassen.

Der Zuzug von Zimmerern nach Goldberg (Mecklenburg) ist wegen Aussperrung der dortigen Zimmerer strikte fernzuhalten.

Weder Rast noch Ruh sollen nach Ansicht des Polizeiamts die hiesigen Droschkenkutscher haben. Die verschiedenartigsten Beschränkungen und Lasten sind ihnen auferlegt worden, die sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabdegradiren. Doch das Polizeiamt geht in seiner „väterlichen Fürsorge" für die Droschkenkutscher noch weiter. Es erließ jüngst eine Verordnung, nach welcher die Droschkenkutscher, resp. ein bestimmter Theil derselben, Nachts beim Eintreffen des letzten Hamburger Zuges — 12½—12¾ Uhr — am Bahnhof halten müssen. Erhält nun der Kutscher eine Fahrt, dann wird es nur allzuhäufig 3 Uhr, bis er Roß und Wagen im Stall abgeliefert hat. Am anderen Morgen aber soll er bereits zur rechten Zeit — beim Eintreffen der ersten fahrplanmäßigen Züge — am Platze sein. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist. Da ja leider keine Aussicht vorhanden ist, daß das Polizeiamt diesen Uebelstand selbst abschafft und sich der Kutscher etwas mehr als bisher annimmt, so ergiebt sich auch für die Droschkenkutscher, wie wir ihnen bereits verschiedene Male auseinandergesetzt haben, die zwingende Nothwendigkeit, sich zu organisiren. Ein Theil derselben hat unseren Ruf bereits erhört, mögen auch die noch Fernstehenden sich vereinigen, dann wird das Polizeiamt nicht umhin können, auch den Wünschen und Forderungen der Kutscher entgegenzukommen. Mögen sich auch die Droschkenkutscher bei solchen Anlässen immer wieder das alte Wort ins Gedächtniß rufen: „Vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir Alles!"

Müssen die Schaukästen der Photographen während der Kirchzeit verhängt werden? Mit dieser Frage hatte sich am Sonnabend die Strafkammer II als Berufungsinstanz zu beschäftigen. Der hiesige Photograph W. hatte an 2 Sonntagen im November seinen an der Breitenstraße in einem Hauseingange befindlichen, aber von der Straße aus sichtbaren Schaukasten nicht verhängt und war aus diesem Grunde mit 2 Strafmandaten über je 3 Mk. bedacht worden. Hiergegen erhob er Einspruch und behauptete im Schöffengerichtstermin, daß der Artikel 3 des hier in Frage kommenden Gesetzes nicht vorschreibe, daß auch die Schaukästen, in denen keine Waaren enthalten seien, geschlossen werden müßten. Das Schöffengericht schloß sich entgegen der Ansicht des Staatsanwalts der Anschauung des Angeklagten an und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Vertreter der letzteren begründete im Termin am Sonnabend seinen Standpunkt dahin, daß schon durch die alte Verordnung vom Jahre 1864 eine Schließung der Schaukästen angeordnet worden sei. In der neuen Verordnung vom Jahre 1895 aber heiße es ausdrücklich in Artikel 3: „insbesondere Schaufenster und Schaukästen", also müßten auch diese während der Kirchzeit verhängt werden. Er ersuchte um Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils und beantragte, auf die im Strafbefehl festgesetzten Strafen zu erkennen. Der Vertheidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Weyrowitz, trat dieser Auffassung entschieden entgegen. Der in Betracht kommende Artikel 3 müsse aus sich selbst heraus ausgelegt werden, nicht auf Grund der alten Verordnung. Die Schaukästen der Photographen seien doch unter keinen Umständen mit einem Schaufenster oder Schaukasten eines Waarenhauses zu vergleichen. Erstere seien lediglich ein Beweis der Leistungsfähigkeit des Betreffenden. Im Uebrigen beziehe sich die Verordnung lediglich auf Handelsbetriebe. Ein photographisches Atelier sei aber kein solcher. Falls sich das Gericht auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft stelle, dann stände die Verordnung im Widerspruch mit § 41 a der Reichsgewerbeordnung und sei demnach rechtsungültig. Er beantragte Verwerfung der Berufung. Das Gericht schloß sich jedoch der Ansicht der Staatsanwaltschaft an und erkannte unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils auf Bestätigung der Strafbefehle. Es müssen demnach auch die Schaukästen während der Kirchzeit verhängt werden. — Diese Sache hat mit diesem Erkenntniß noch nicht ihren Abschluß gefunden, sondern wird noch das Oberlandesgericht in Hamburg beschäftigen.

Die Kehrseite der Medaille. Anläßlich des Khakifeldzuges war die gesammte bürgerliche Presse voller Begeisterung für „jene tapferen Söhne des Vaterlandes", welche in China wie die Hunnen hausten. Es wurde s. Zt. in allen bürgerlichen Blättern aufgefordert, eine Sammlung für die deutschen Krieger zu veranstalten; die Postanstalten, auch die hiesige, waren Annahmestellen. Diejenigen, welche dieser Aufforderung Folge leisteten, glaubten natürlich, daß die gesammelten Beträge unverzüglich den deutschen Soldaten ausbezahlt würden. Doch weit gefehlt! Außer einigen Zigarren wurde den Leuten nichts ausgekehrt. Als die Krieger nunmehr, bedeckt mit Krankheiten anstatt mit Ehren, heimkehrten, da hofften sie, daß ihnen nach erfolgter Landung die gesammelten Gegenstände ausgehändigt würden, aber auch das geschah nicht. Man will jedenfalls das zusammengeschnorrte Geld mit zur Deckung der Kosten einer Kolonialarmee verwenden, denn bis heute ist den Leuten noch kein Pfennig ausbezahlt worden, wie aus einem Eingesandt zweier Chinakrieger an den hiesigen „General-Anzeiger" hervorgeht. Es heißt dort:

„Als im vorigen Jahre der Ruf unseres Kaisers an die jungen Soldaten herantrat: „Freiwillige vor nach China!", da meldeten sich viele junge Leute, um die Schmach, die der deutschen Nation widerfahren war, zu rächen. Alle haben ihre Schuldigkeit gethan, was von höchster Stelle anerkannt worden ist Daß auch unsere früheren Kameraden in der Heimath uns nicht vergessen hatten, wurde uns drüben mitgetheilt. Es waren für uns Liebesgaben und Geld zusammengebracht. Wir haben leider nichts bekommen, ausgenommen einige Zigarren. Spät im Herbst dieses Jahres kamen wir zurück Theils noch krank von den Strapazen und ohne Aussicht auf Stellung, allenthalben wird man abgewiesen. Alle hofften, daß das liebe Weihnachtsfest auch uns eine Freude bringen würde in Gestalt der gesammelten Gelder, aber auch das war vergebens. Es ist allerdings gesagt: Kameraden, welche in Noth sind, werden unterstützt. Aber um Unterstützung zu bitten, ist eines Chinakriegers unwürdig Wir haben alle unsere Schuldigkeit gethan und viele sind thatsächlich in Noth. Sollte denn nicht auf irgend eine Weise geholfen werden können?

Zwei Chinakrieger."

Dieses Eingesandt spricht für sich selbst. Es birgt, trotz aller Lobhudelei für die deutsche Militärverwaltung eine bittere Nuß in sich. Gleichzeitig aber kommt in demselben so recht der Katzenjammer der einst so begeisterten Chinakrieger zum Ausdruck; der Katzenjammer, der sich äußert in Arbeitslosigkeit und Noth und in herber Mißstimmung gegen die deutsche Regierung. Das ist der Dank des Vaterlandes an alle Diejenigen, welche „dem Ruf ihres Kaisers" Folge leisteten und auszogen gen Osten, um dort mit gepanzerter Faust das Drachenbanner in den Staub zu ziehen. Ob diese beiden Chinakrieger, trotz des erhaltenen Ordens, wohl zum zweiten Male auch dem an sie ergangenen Rufe Folge leisten würden? Wir bezweifeln es sehr stark.

Strafkammer II. Ein Sittenverbrecher stand am Sonnabend in der Person des Arbeiters Müller vor den Schranken des Gerichts. Es wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Der Angeklagte, der mit der 10jährigen Tochter eines Bekannten unsittliche Handlungen vorgenommen hatte, wurde zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt; beantragt waren 9 Monate Gefängniß. — Als eine raffinirte Schwindlerin entpuppte sich das aus Schleswig gebürtige Dienstmädchen G. Dieselbe ist bereits zweimal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen und zwar wegen Diebstahls und Betruges. Ihre letzte Strafe von 4 Monaten hatte sie am 30. November v. Js. in Kiel verbüßt. Mit 12 Mk. ausgerüstet, trat sie die Reise nach Lübeck an, angeblich, um sich hier eine Stellung zu suchen. Sie begab sich zu einer Gesindevermietherin und lebte hier fröhlich in den Tag hinein. Als sie etwa 8 Tage bei derselben gewesen war, trat an sie die Versuchung heran, der sie auch nicht widerstehen konnte. Sie ging nunmehr am 6. Dezbr. zu der Korsetthändlerin R. und schwindelte derselben vor, sie solle für Frl. Emma Bösch in der Beckergrube, bei der sie bedienstet sei, ein Korsett holen. Da der Händlerin dieses Frl. Bösch bekannt war, gab sie auch anstandslos zwei Korsetts mit und ersuchte die Angeklagte, das nicht konvenirende Korsett zurück zu bringen. Das eine Korsett zog sie an, das Andere verschenkte sie an die Tochter der Stellenvermittlerin. Die beiden Gegenstände repräsentirten einen Werth von 15 resp. 16,50 Mk. Zwei Tage später führte sie dann einen, nach ihrer Ansicht recht schlauen Tric aus. Sie schrieb an die hiesige Firma Gebr. Hirschfeld einen Brief, in dem sie als die Frau des Buchbinders Kertz in der Königstraße ersuchte, dem den Brief überbringenden Mädchen einen Kostumrock und eine seidene Blouse zu verabfolgen. Mit diesem Brief begab sich dann die Angeklagte zu der Firma. Die Angestellten trauten jedoch der Ueberbringerin des Briefes nicht, sie erboten sich, ein Fräulein mit den gewünschten Sachen und der Rechnung zu Frau K. zu senden. Hiermit war die Angeklagte jedoch nicht einverstanden, sie empfahl sich schleunigst. Nach kurzer Zeit wurde sie jedoch ermittelt und verhaftet. Anfangs leugnete sie, später aber gestand sie Alles ein. Antragsgemäß werden ihr für jede That 5 Monate Gefängniß zudiktirt, die jedoch zu einer Gesammtstrafe von 8 Monaten Gefängniß

zusammen gezogen werden. Die Angeklagte erklärte sich mit der Strafe einverstanden.

Was ist eine Familie? Nach der Reichsgewerbeordnung kann der Wandergewerbeschein Personen unter 25 Jahren ertheilt werden, wenn sie Ernährer einer Familie und schon vier Jahre im Wandergewerbe thätig gewesen sind. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts genügt für den Begriff der Familie das Vorhandensein einer Ehefrau. Kinder sind nicht erforderlich.

Das Schulgeld für sämmtliche der Oberschulbehörde unterstellten Schulen für die Zeit von Neujahr bis Ostern ist von heute ab bis zum 18. Januar, vormittags von 9—11 und nachmittags von 3—5 Uhr im Amtszimmer des Rechnungsführers der Ober-Schulbehörde, Glockengießerstr. 4, zu zahlen.

Die Einführung des neuen Senators, sowie dessen Vereidigung erfolgte am Sonnabend im Beisein des Bürgerausschusses.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Malergehülfe aus Breslau, der seitens der Königlichen Amtsanwaltschaft in Stralsund wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. — Festgenommen wurden am gestrigen Tage 10 Personen wegen Bettelns und 1 Trunkener.

Erwischter Deserteur. Angetroffen und seinem Truppentheile wieder zugeführt wurde am Sonnabend Abend ein Musketier, der sich am 2. d. Mts. heimlich vom hiesigen Regiment entfernte und sich in hiesiger Stadt des Betruges in zwei Fällen schuldig gemacht hatte.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Milchwagen ereignete sich am Sonntag Abend gegen halb 11 Uhr auf dem Lindenplatz. Der die Lindenstraße herunterkommende Milchwagen wollte vor einem von Fackenburg kommenden Straßenbahnwagen kreuzen; auf bisher unaufgeklärte Weise blieb aber das Pferd des Milchwagens plötzlich stehen, wodurch der Zusammenstoß herbeigeführt wurde. Hierbei löste sich ein Rad des Milchwagens und die Insassen fielen aufs Straßenpflaster. Außer einigen Hautabschürfungen haben dieselben keinen weiteren Schaden erlitten. Den Führer des Motorwagens trifft keine Schuld an dem Unfall.

In das Handelsregister ist am 4. Januar 1902 eingetragen worden: bei der Firma Ernst Haukohl; Dem C. E. H. Sebe in Lübeck ist Prokura ertheilt; bei der Firma L. Peters Nachfolger, Inh. F. Wasserstrat: Die dem W. J. H. Harringen ertheilte Prokura ist erloschen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Donnerstag Abend erschienen sämmtliche Flensburger Zeitungen mit verminderten Inhalt und zum Theil verspätet. Der Grund lag darin, daß die betreffenden Prinzipale den neuen Buchdruckertarif erst gegen Mittag anerkannten, während die Setzer bis dahin sogenannten passiven Widerstand geleistet, also nicht gearbeitet hatten. Dank der Einmüthigkeit aber gelang es den Buchdruckern, sämmtliche 5 Geschäfte am Mittag zum Kapituliren zu zwingen. Die Zeitungen reden sich mit „Störungen im technischen Betriebe" aus. Nette „technische Störungen"! In der Gummifabrik Alfred Calmon in Hamburg legten sämmtliche Schlosser und Dreher wegen erheblicher Lohnreduktionen die Arbeit nieder. — Ueber drei Hamburger Firmen, die sich mit dem Petroleumvertrieb vermittels Tankwagen beschäftigen, und deren Petroleumkutscher hat der „Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Hamburg" die Sperre verhängt, weil sie den von der Organisation aufgestellten Normalvertrag nicht anerkennen wollen. Daraufhin haben sich die Firmen beschwerdeführend an den Arbeitgeberverband gewendet, dessen Entscheidung noch aussteht.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Grevesmühlen ertränkte sich in der Neujahrsnacht ein 21jähriges Mädchen anläßlich einer Todgeburt. — Bei Feldberg wurde die Leiche eines Schuhmachers, welche stark von Krähen angefressen war, aufgefunden. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Aus Lübz wird gemeldet: Am Neujahrsmorgen ereignete sich im Hause des Försters R. zu Sandkrug bei Karbow ein betrübender Unglücksfall. Das Kindermädchen fand das kleinste Kind ihrer Herrschaft todt unter der umgefallenen Wiege, ihm war die Schädeldecke eingedrückt. Die Ursache des Unglücksfalles hat sich nicht feststellen lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Hunde die Wiege umgestoßen haben. — In Hamburg versuchte eine Frau unmittelbar nach dem Tode ihres Kindes, ihrem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen, Sie wurde aber rechtzeitig entdeckt. Anläßlich dieses Falles wird in Hamburg das Gerücht von einem Mord und Selbstmord stark kolportirt. — Des Mordes auf der Heister Feldmark, der im vergangenen Frühjahr ausgeführt worden ist, soll der Tischler Tesznow verdächtig sein, der dem Altonaer Gerichtsgefängniß zugeführt wurde. Er hat bisher in Osnabrück unter dem Verdacht, in Lechlingen einen Knabenmord verübt zu haben, in Untersuchungshaft gesessen. Auch soll er verdächtig sein, auf Rügen einen Knabenmord ausgeführt zu haben. — In Ottensen wurde ein wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrügereien steckbrieflich verfolgter Polizeisergeant verhaftet.

Pinneberg. Vom Kampf gegen die Sozialdemokratie. Durch den Gensdarmen Japp waren schon im September dem Genossen Schacht Flugblätter „Die Besteuerung des Hungers" abgenommen worden. Jetzt erst sind demselben die Flugblätter mit dem Bemerken wieder zugestellt worden, daß die Beschlagnahme zu Unrecht erfolgt sei, und daß der Beamte eine dementsprechende Weisung erhalten habe. Es ist nun schon das zweite Mal, daß dem genannten Genossen durch denselben Gensdarmen Flugblätter abgenommen worden sind, und jedes Mal hat unser Genosse von dem Landrath den Bescheid erhalten, daß dieses Vorgehen ungerechtfertigt war. Es ist zu hoffen, daß man nun endlich einsehen wird, daß durch solche Maßnahmen die Sozialdemokratie nicht bekämpft werden kann. — Dem Gastwirth H. Schmidt wurde durch den Pinneberger Landrath die Tanzmusik für den Neujahrstag entzogen. Begründet wurde dies damit, daß die Liedertafel „Vorwärts" am ersten Weihnachtsfeiertage einen Unterhaltungsabend abgehalten habe mit nachfolgender Tanzbelustigung. Diese Veranstaltung soll eine öffentliche gewesen sein. Bewiesen ist aber noch nichts. Auch hatte der Verein die Lokalitäten für den Abend gemiethet, so daß der Wirth, wenn wirklich das Angeführte der Fall wäre, ganz schuldlos ist. Schmidt, der persönlich beim Landrath vorstellig wurde, erhielt den Bescheid, daß es bei der Verfügung bleiben solle. Er, Sch., möge sich beschweren. Da aber der Landrath das Verbot in der letzten Stunde erließ, war dies nicht mehr möglich. Es wird nun Schmidt nichts weiter übrig bleiben, als den Landrath wegen Geschäftsschädigung zu verklagen. Das ist der so viel gepriesene Kampf mit „geistigen Waffen".

Flensburg. Ein „netter" Leutnant. Das Kriegsgericht der 18. Division verhandelte Sonnabend gegen den Leutnant Erich v. Hollmann vom Füsilier-Regiment Nr. 86 („Königin") wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Mißbrauchs der Dienstgewalt und wegen rechtswidrigen Gebrauchs der Waffe. Nach dreistündiger Verhandlung wurde Leutnant v. Hollmann, ein Sohn des früheren Staatssekretärs des Reichs-Marineamts, zu 2 Monaten und 3 Tagen Gefängniß und zu 6 Wochen und 1 Tag Festungshaft verurtheilt.

Bremerhaven. In der Frage der Arbeitersekretariatsgründung wurde in der Sitzung des Gewerkschaftskartells am vorigen Montag folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht der mangelhaften Betheiligung bei der Abstimmung über die Errichtung eines Arbeitersekretariats beschließt die heutige Kartellsitzung, von dem Verfolg dieser Angelegenheit bis auf weiteres Abstand zu nehmen." — So weit wir die Sache verfolgt haben, ist dieser Beschluß vorläufig für die Unterweserorte die glücklichste Lösung der Frage.

Lübecker Stadttheater.

Alt-Heidelberg, Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster. Die „blaue Blume der Romantik!" Seit dem Jahre 1888, wo Hermann Sudermann mit seiner „Ehre" einen Bombenerfolg erzielte und den Siegeszug des sog. Realismus einleitete, war sie abhanden gekommen. Alles Heil wurde nur noch im Realismus und Naturalismus, und wie die Schlagwörter alle hießen, erblickt. Nicht allzulange sollte indessen die Herrschaft des Realismus währen. Kaum hatte er sich die Bühne erobert, da machten sich auch schon Anzeichen des Marasmus, der Hinfälligkeit, bemerkbar. Das Interesse für ihn stumpfte allmählich ab, und mit dem Schauspiel Meyer-Försters, das soeben von Berlin aus seinen Siegeszug über die deutschen Bühnen antritt, sind wir wieder mitten darin in der Romantik. Die „blaue Blume", die verloren gegangen war, hat sich wieder gefunden! Vor zehn, ja fünf Jahren wäre es noch ganz undenkbar gewesen, daß Meyer-Förster mit seinem so durch und durch unrealistischen Schauspiel jemals den geringsten Erfolg auf öffentlicher Bühne erzielt hätte. Und heute?? Nun, da jubelt man (d. h. das vielköpfige Ungeheuer Publikum) ihm förmlich zu, obwohl sein Schauspiel, eine Mischung von Romantik mit Sentimentalität, mehr als schwach, banal und verlogen ist. Woher dieser auffällige, schnelle Stimmungswechsel in der öffentlichen Meinung? Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man den politischen und wirthschaftlichen Zuständen im Reiche einen großen Theil der Schuld dafür beimißt. Dem Inhalte nach ist „Alt-Heidelberg" ziemlich dürftig. Der Erbprinz Karl Heinrich von Sachsen-Karlsburg, der sein Leben in der muffigen Luft des Hofes verbracht hat, athmet auf und fühlt sich ordentlich als Mensch, als er in Heidelberg, unbekümmert um die spanischen Stiefel der Hofetiquette, als fröhlicher Student leben kann. Doch der schöne Traum währt nicht lange. Karl Heinrich muß für den kranken Oheim die „Bürde der Regierung" als Regent auf sich nehmen, und nur mit stiller Wehmuth kann er sich noch der schönen Tage in Heidelberg erinnern. Die beiden Studentenlieder „Alt-Heidelberg, du feine" und „O alte Burschenherrlichkeit", sie bilden, kurz gesagt, gleichsam den Refrain des Meyer-Förster'schen Schauspiels. Franz Bonno hatte dasselbe mit der an ihm schon so oft bewunderten Feinheit inszenirt. Den Erbprinzen gab Konrad Wiene. Es ist erfreulich zu sehen, wie dieser junge Künstler gleichsam mit seinen Aufgaben wächst. An seinem Karl Heinrich konnte man nur Freude haben. Ungemein sympathisch berührte auch die Wiedergabe der Käthi durch Viola Pabst. Sie stellte dieses Heidelberger Schenkmädchen aus der Studentenkneipe so thaufrisch und morgenschön dar, daß sie mit jeder Szene sich mehr in die Gunst des Publikums spielte. Den Erzieher des Erbprinzen, Dr. Jüttner, gab Toni Zimmerer im Großen und Ganzen angemessen, wenn er auch zeitweilig übertrieb. Köstlich dagegen war Julius Seidler als Kammerdiener Lutz. Er traf für diesen selbstbewußten, dumstolzen Narren stets den rechten Ton. Im Uebrigen seien noch die Herren Robin Robert (Staatsminister), Sartory (Hofmarschall), Schlegel (Gastwirth Rüder), sowie Georg Seibert (Kellermann) lobend erwähnt. -o-

Briefkasten.

Mittwoch Abend 8½ Uhr (Abrechnung).

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 4 Januar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 910 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 61—62 Mk. leichte 61—62 Mk., Sauen 53—58 Mk. und Ferkel 58—60 Mk. pr 100 Pfd

Lübecker Marktpreise vom 4. Januar.

Bauern-Butter 1,05 Mk., Meierei-Butter 1,20 Mk., Hasen Stck. 3,30 Mk., Enten Stck. 3,— Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Küken Stck. 1,50 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,65 Mk., Flickgans 3,— Mk., Schweinskopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk, Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Zum 1. April die 1. Etage
von 3 Zimmern und Zubehör Adlerstr. 37a, p.

Gesucht ein Knecht.
Bandholz, Ober-Büssau.

Eine Frau sucht Beschäftigung für die Abendstunden zum Comtoir- oder Ladenreinmachen.
Näheres Steinraderweg 7c

Miethe-Quittungs-Formulare
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Eröffnung eines neuen
Cursus in deutscher Sprache und Schönschreiben
am Mittwoch den 8. Januar 1902
Abends präcise 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse.

Am selben Abend: **Mitglieder-Aufnahme.** Eintrittsgeld 30 Pfg., monatl. Beitrag 30 Pfg., wofür freie Theilnahme an obigem Cursus. **Der Vorstand.**

Einladung zum
BALL
der Arbeiter und Arbeiterinnen der Räucherei, Braterei u. Fischconserven-Fabrik der Firma
J. F. Jäger
am Freitag den 24. Januar 1902
im Lokale des Herrn H. Lüth, Hansa-Halle.
Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.
Herrenkarte 50 Pf. Der Vorstand.

Eine freundl. Wohnung von 3 Zimmern und Zubehör Brüderstraße 4a

Der durch unglückliche Zufälle mit dem Einbruch in meinem Hause in Verbindung gebrachte Arbeiter **Fritz Petersen** ist daran **vollständig unbetheiligt.**
Lübeck. **Johs. Freyholz.**

Central-Kranken-Kasse „Grundstein zur Einigkeit".
(Filiale Lübeck).
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 7. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Vorstandswahlen.
3. Aufstellung eines Delegirten.
4. Verschiedenes
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)
Versammlung
am Dienstag den 7. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Collegen Radden.
3. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nothwendig.

Gesucht zum 1. April **eine Wohnung** von 3 Zimmern bis zu 200 Mark von Leuten ohne Kinder. Offerten unter **W 10** an die Expedit. dss Bl.

Wer nimmt ein kleines Kind in Kost u Pflege?
Näheres in der Exped. d. Bl.

Achtung!
Schneider!
Versammlung sämmtl. Hausarbeiter
am Dienstag den 7. Jan. 1902
Abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn J. Leeke, Lederstraße 3.
Tages-Ordnung:
Werkstattfrage.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lohncommission.

Achtung!
Flußschiffer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 8. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Ein gr. Laufmädchen Beckergrube 15.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50.
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Versäumen
Sie nicht, sich das neue prachtvolle
Januar-Programm
im
Circus Variété
anzusehen.
Außergewöhnliche Attractionen.
Beginn des Concerts 7½ Uhr.
Billets im Vorverkauf ermäßigt.

Stadt-Theater.
Dienstag den 7. Januar. Anfang 7 Uhr.
83. Abon.-Vorst. 99. Vorst. 14. Dienst.-Abon.
Gastspiel von Karl Holy vom Stadttheater in Freiburg i. Br.
Tannhäuser.
Mittwoch den 8. Januar. Anfang 7½ Uhr.
84. Abon.-Vorst. 100. Vorst. 14. Mittwochs-Ab.
Zum 2. Male.
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilh. Meyer-Förster.
Donnerstag den 9. Januar Anfang 7 Uhr.
Bei aufgehobenem Abonnement und Gastspielpreisen:
2. und letztes Gastspiel von Signorina
Franceschina Prevosti:
Carmen.

Grosser

Inventur-Ausverkauf

Beginn: **Heute, Dienstag den 7. Januar a. c.**

Enorm billige Angebote in allen Abtheilungen.

Bitte überzeugen Sie sich durch Besichtigung.

Um dem geehrten Publikum alle Sachen bequem und übersichtlich zu zeigen, legten wir auf **Extra-Tischen** in der Mitte unseres **ganzen Parterre-Lokals** alle Artikel aus. Die Preise sind **deutlich** (blau für den Ausverkauf) auf den Sachen vermerkt.

Kein Kaufzwang.

Besonders hervorzuheben sind:

Ca. 500 Paar Schuhwaaren aller Art,

bis zu den **elegantesten** und **theuersten** Sachen.

Werth theilweise das 3fache.

Herren- u. Damen-Stiefel u. Schuhe durcheinander, Paar **2⁷⁵** u. **3⁵⁰**

Kinder-Stiefel, braun u. schwarz, verschied. Größen, durcheinander, Paar **2⁰⁰ 2⁵⁰** u. **3⁰⁰**

Normal-Unterzeuge wie **Herren-Hemde, Hosen, Jacken, Damen-Jacken, Touristenhemde,** zum Aussuchen . . **0.75, 1.35, 1.55**

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei diesem Posten durchweg Qualitäten sind, die das 3—4fache im Werthe haben.

Weisse Damen-Hemde aus gutem Hemdentuch mit Spitze, Vorderschluß **48 Pfg.**

Kinder-Hänge-Schürzen verschiedene Größen, beste Stoffe und Ausführung **25** u. **45 Pfg.**

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Paul Brinn & Co., Lübeck.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 5. Dienstag den 7. Januar 1902. 9. Jahrgang.

Ein neuer Geheim-Erlaß des 12000 Mark-Grafen.

Man hat genugsam Proben von der Sozialreform hemmenden Thätigkeit des Staatssekretärs des Zentralverbandes der Industriellen erhalten. So wußte man auch ganz genau, wem man es zu verdanken hatte, als es sich bei allen Jahresberichten des Jahres 1900 der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten herausstellte, daß sie noch dürftiger als ihre Vorgänger ausgefallen waren, daß sich Wesentliches, so namentlich Angaben über Lohnbewegungen, nicht mehr vorfand. Das Reichsamt des Innern hatte alle diesen instruktiven Ausführungen, die freilich einstmals einen recht peinlichen Gegensatz zur Denkschrift der Zuchthausvorlage bildeten, „wegredigirt".

Aber diese Art der Jahresberichterstattung muß irgendwo an einer unbekannten Stelle Anstoß erregt haben. Es ist nämlich am 26. Oktober 1900 eine neue geheime Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten vom Grafen Posadowsky erlassen worden. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Wurm macht in der „Sozialpolitischen Umschau" der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" (Nr. 13 vom 28. Dezbr. 1901) auf diesen Geheim-Erlaß aufmerksam.

Genosse Wurm unterzieht die neueste sozialreformerische Thätigkeit des Staatssekretärs, geübt an der „Reichskommission für Arbeiterstatistik", die bekanntlich durch eine besondere Abtheilung des Statistischen Amtes ersetzt werden soll, einer Kritik. Er verlangt Aufklärung über den Zweck dieser neuen Einrichtung und fordert die Oeffentlichkeit auf, sie als ein Werk des Grafen Posadowsky, das unter nationalliberalem Patronat entstanden ist, mit Mißtrauen zu beobachten.

Wie vollauf berechtigt jedes, noch so weitgehende Mißtrauen gegen die Sozialreformen des Grafen Posadowsky ist, beweist auch ein neues Stücklein, das er gegen die Gewerbeaufsicht ausübte.

Der Herr Graf wird im Reichstage zu gelegener Zeit zur Rede gestellt werden und dann Gelegenheit bekommen, über seinen neuesten Geheim-Erlaß Mittheilungen zu machen.

Am 26. Oktober 1900 hat er eine geheime neue Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erlassen an Stelle der früheren, ebenfalls geheim gehaltenen vom 16. Dezember 1893. Daß die neue geheime in noch reaktionärerem Sinne abgefaßt ist wie die alte, kommt jetzt dadurch an den Tag, daß — wohl durch ein Versehen irgend eines Beamten — ein Zipfel von dem Schleier offiziell gelüftet wird und zwar im preußischen „Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung" vom 21. November v. J. Dort theilt Herr Möller, der Minister für Handel und Gewerbe, den Regierungs- und Polizeipräsidenten nachstehenden Erlaß des Reichskanzlers (gezeichnet: Graf von Posadowsky) vom 16. Oktober v. J. mit:

„Die im Gewerbebetriebe vorkommenden Streiks und Aussperrungen sind in Folge des Beschlusses des Bundesraths vom 10. Juni 1898 für das Gebiet des Reiches zum Gegenstand fortlaufender Erhebungen gemacht worden, deren Ergebnisse durch das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht werden. In Rücksicht hierauf war bei der neuen Eurer Exzellenz unter dem 26. Oktober 1900 mitgetheilten Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der gemäß § 139b der Gewerbeordnung angestellten Beamten davon abgesehen worden, die Bestimmung der früheren Anleitung vom 16. Dezember 1893, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten auch den wichtigeren Ausständen ihre Aufmerksamkeit zu widmen und besonders bemerkenswerthe Wahrnehmungen hierüber in den Jahresberichten mitzutheilen hatten, wieder aufzunehmen. Bei den inzwischen veröffentlichten Zusammenstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes hat sich jedoch ergeben, daß die zahlenmäßigen Ermittelungen allein für die Beurtheilung der bei jenen Vorgängen in Frage kommenden Verhältnisse, wenigstens bei den bedeutsameren Ausständen, häufig nicht ausreichen. Die allseitige Würdigung der statistischen Ergebnisse, dürfte daher in einer Berichterstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten über die besonderen Wahrnehmungen, die sie bei den wichtigeren Streiks und Aussperrungen gemacht haben, eine nothwendige und werthvolle Ergänzung erhalten.

Zu diesem Zweck ist in der unter dem 26. Oktober 1900 mitgetheilten Anleitung und H. C. 8 („Sonstiges") als erster der daselbst bezeichneten Gegenstände der Berichterstattung hinzuzufügen:

„Ursachen, Umfang und Verlauf der besonders bemerkenswerthen Ausstände und Aussperrungen."

Für die Art der Berichterstattung über diesen Punkt darf auf die Gesichtspunkte, welche in den allgemeinen Vorbemerkungen der Anleitung und in meinem Begleitschreiben vom 26. Oktober 1900 aufgestellt sind, ergebenst verwiesen werden.

Eure Exzellenz beehre ich mich hiernach zu ersuchen, die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Erstattung der Jahresberichte, und zwar auch bereits desjenigen über das laufende Jahr, demgemäß gefälligst mit Anweisung versehen zu wollen."

Also — die Berichterstattung über Streiks und Aussperrungen war vom Grafen Posadowsky ausschließlich in die Hände der Polizei gelegt worden! Ob diese auch die Gewerbeaufsichtsbeamten hinzuzieht, war gemäß dem Rundschreiben des Reichskanzlers vom 21. April 1899 ganz ihrem Ermessen anheimgestellt. Worauf es dem Grafen Posadowsky offenbar ankam, war, zu verhindern, daß sich zwischen der Polizeigeschichtsschreibung über Streiks und den Mittheilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten jemals wieder ein so schroffer Widerspruch herausstelle wie bei der Begründung der Zuchthausvorlage, deren Denkschrift von polizeilichem Geist geborene Gruselgeschichten über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen zusammengehäuft hatte, während namentlich die mittel- und süddeutschen Gewerbeaufsichtsbeamten diese lobend hervorgehoben und deren Nothwendigkeit betont hatten. Deshalb nahm Graf Posadowsky in der neuen Anleitung für den inneren Dienst der Gewerbeaufsichtsbeamten diesen jedes Recht auf öffentliche Berichterstattung über Streiks und Aussperrungen! Im letztvorliegenden Bericht von 1900 weist der Chef der badischen Gewerbeaufsicht, Dr. Wörishoffer, bereits darauf hin, daß „über Zahl, Ursache und Umfang der wichtigeren Ausstände nicht mehr berichtet wird," während er früher eingehend dieses Gebiet behandelt hatte.

Wodurch nun Graf Posadowsky gezwungen wurde, sein Verbot der Berichterstattung über Streiks und Aussperrungen wieder aufzuheben, entzieht sich bisher der öffentlichen Kenntniß. Freiwillig wird er es aber gewiß nicht gethan haben, es scheint vielmehr im Bundesrath Beschwerde darüber erhoben worden zu sein, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten so mundtodt gemacht wurden. Auf jeden Fall ist aber Herr Möller daran unschuldig, wenn jetzt nicht mehr allein die Polizei-Rapporte über die Arbeiterbewegung Kunde geben werden. Im Gegentheil — in der Verfügung, welche er in jenem Amtsblatt an die Regierungs- und Polizeipräsidenten erläßt, damit sie die Gewerberäthe ihres Bezirks mit entsprechender Anweisung versehen, sagt er:

„Die Berichte, die Sie (die Regierungs- und Polizeipräsidenten) über jede größere gewerbliche Arbeitseinstellung zu erstatten haben, werden im Wesentlichen bereits die jetzt von Neuem geforderte Berichterstattung der Gewerberäthe enthalten. Diesen wird deßhalb zu überlassen sein, ob und inwieweit sie noch Ergänzungsberichte der Gewerbeinspektoren erfordern wollen."

Das ist eine ganz eigenmächtige Einschränkung des Reichserlasses! In diesem heißt es, daß auch bereits für das laufende Jahr die Gewerbe-Aufsichtsbeamten über Streiks und Aussperrungen zu berichten haben. Herr Möller aber verweist auf die Polizei-Rapporte und giebt den Gewerberäthen einen Wink mit dem Zaunpfahl, sich nicht erst noch um die Berichte der Gewerbe-Inspektoren zu kümmern!

Welche unternehmerfreundlichen und daher arbeiterfeindlichen Vorschriften mögen übrigens in der neuen Anleitung für den inneren Dienst der Gewerbe-Aufsichtsbeamten enthalten sein, daß damit solche Geheimnißkrämerei getrieben wird! Die Regierung muß doch ein sehr böses Gewissen haben!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Steinhauer der Provinz Blekinge (Schweden) haben die bestehenden Lohntarife auf den 1. Februar gekündigt und verlangen eine 20prozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer wollen dagegen die Löhne herabsetzen.

Ueber die Arbeiterbewegung in Moskau lesen wir in einem Berichte der „Frankf. Ztg." von dort allerlei Mittheilenswerthes; es heißt darin u. a.: Nachdem sich die Professoren Dehn, Worms und Manuilow von den Vorlesungen in den Maschinenbauarbeiterversammlungen zurückgezogen hatten, sah sich auch der Professor Oserow genöthigt, dasselbe zu thun, weil die Studenten ihm den Vorwurf machten, daß er die Geschäfte der Polizei besorge, da seine Berathungen mit den Arbeitern zu provokatorischen Zwecken benutzt würden. Er erwiderte den Studenten, daß er höchstungern seine Vorlesungen einstelle, da er vom Nutzen derselben überzeugt sei, und daß er nur zeitweilig zurücktrete, bis der Zweck dieser Regierungsmaßregeln zum vollen Ausdruck komme. Es ist ein in Rußland seltenes Schauspiel — diese Arbeiterversammlungen im Historischen Museum zu Moskau. Alle Arbeiter erscheinen in schwarzen Röcken und gestärkter Wäsche. Die Ordnung ist eine musterhafte. Keinem der Arbeiter ist erlaubt, eigenmächtig das Wort zu ergreifen. Viele von ihnen halten ausgezeichnete Reden und opponiren den Professoren auf's schärfste, wobei sie oft eine seltene Belesenheit in den Werken von Marx, Engels, Kautsky, Bernstein und anderen sozialpolitischen Schriftstellern bekunden. Jetzt präsidiren auf den Versammlungen nur Regierungsvertreter, welche die Arbeiter im Sinne Herrn Subatow's zu leiten versuchen. Ein Arbeiter Namens Afanassjew, der mit Feuereifer die Propaganda des nationalen Sozialismus betrieb, wurde von seinen Genossen genöthigt, die Fabrik zu verlassen, auf der er arbeitete, da sie ihn im Verdacht hatten, daß er im Dienste der politischen Polizei stehe. Andererseits arrangirt der Moskauer Mäßigkeitsverein billige Vergnügungen und Theatervorstellungen für die Arbeiter, zu welchem Zweck die Polizei die Eintrittskarten auf den Fabriken vertheilen läßt. Ueberall in den Fnbrikrayons der Stadt werden billige Theehäuser errichtet, wo die Arbeiter sich frei versammeln dürfen und zum Bau von Arbeitspalästen hat die Regierung große Summen bestimmt. Trotz dieses Entgegenkommens der Regierung hat der sozial-revolutionäre Theil der Arbeiter ihre Delegirten in das Exekutivkomitee der Moskauer Studenten gesandt, um ihnen ihre Hilfe zu den für den Januar und Februar geplanten Studenten-Kundgebungen anzubieten. Der Chef der Moskauer politischen Polizei, Her Subatow, ist ins Ausland gereist, um dort, wie man vermuthet, den Grundursachen dieser Bewegung in den russischen Studentenkolonien der auswärtigen Hochschulen nachzuspüren.

Unser Gothaer Parteiblatt hatte jüngst in einer Polemik gegen die Freisinnigen des Gothaer Ländchens darauf hingewiesen, daß das dortige neue Domänenabkommen im Interesse des Landes wie der Thronfolge gelegen sei, da, wenn der jetzt regierende Herzog stürbe, es unter den

Nemesis.

Eine Soldatengeschichte aus Ostasien. Von Ernst Däumig

Schluß. Nachdruck verboten.

Vor der Pagode hatte sich ein dichter Knäuel gebildet. Die beiden Deutschen traten näher hinzu.

»Elles ne sont pas coupees!« — „Die stecken ja noch in der Erde!" und ähnliche Rufe schallten aus der Gruppe in allen Sprachen heraus.

Heidt und der Oesterreicher brachen sich mit dem Ellenbogen Bahn, um zu sehen, um was es sich handele.

Zu Füßen der sich schiebenden und drängenden Soldaten lagen fünf Menschenschädel. Aus den Augenhöhlen und über den Knochen krabbelten große Ameisen, wie überhaupt der ganze Platz von diesen Insekten wimmelte. Zwischen die Ober- und Unterkiefer der Schädel waren Holzstückchen eingeklemmt.

Der Anblick von Schädeln ist in einem Lande, wo das Kopfabschlagen an der Tagesordnung ist, an sich nichts Ungewöhnliches. — Hier waren sie aber offenbar nicht abgeschlagen, sondern saßen noch auf den in der Erde vergrabenen Körpern.

Die herumstehenden Soldaten äußerten lärmend und schreiend ihre Meinung über den Fall. Plötzlich übertönte eine scharfe Stimme das Getöse.

„Was geht hier vor?

Der Kolonel und Führer der Expedition hielt mit seinem Stabe hinter der Gruppe.

Ein Sergeant meldete ihm. Der Kolonel stieg mit seinen Begleitern von den Ponies und trat näher. Ein paar Sekunden lang musterte er den grausigen Fund.

„Schanzzeug her! Nachgraben!" befahl er dann kurz.

Die meisten der herumstehenden Leute hatten Spaten und Pickel am Koppel. Sofort wurde ans Werk gegangen. Nach jedem Spatenstich, der die Körper von der sie umgebenden Erde entfernte, verbreitete sich ein immer stärker werdender Verwesungsgeruch. Uniformfetzen und metallene Knöpfe kamen zu Tage.

Endlich waren fünf halb verweste Leichname ausgegraben. Alle trugen um den Hals eine Schnur, an denen kleine ovale, im Soldatenmunde „Todtenmarken" genannte Bleche befestigt waren.

Der Kolonel ließ die Schnüre abschneiden. Ein Sergeant mußte die auf den Blechen eingravirten Zeichen entziffern.

Auf allen stand: 1. Regt. Etrang. 1. Battl. und die Matrikel-Nummer des Mannes, der die Marke getragen hatte.

Der Sergeant verlas die letzte der fünf Nummern: Matrikule 8718.

„Herr Gott!" rief der Oesterreicher seinem Kameraden zu. „Das ist ja Roschs Nummer! — Das sind welche von den Leuten, die wir vor vierzehn Tagen bei der verunglückten Rekognoszirung verloren haben!"

Heidt antwortete nicht sogleich. Seine Augen waren auf einen sonderbaren Zug gerichtet, der die Reihen der gaffenden Soldaten durchbrach. Zwischen Mannschaften mit aufgepflanztem Seitengewehr wurden einige Gefangene herangeschleppt. Es waren verwundete Chinesen, die den Bajonetten der Soldaten entronnen waren, und ein paar alte anamitische Weiber, welche man in den Hütten aufgestöbert hatte.

Der Kolonel ließ sofort seinen Dolmetscher kommen. — Die Gefangenen wurden gefragt, was mit den ausgegrabenen fünf weißen Soldaten gemacht worden sei.

Stumm und verstockt schauten die Zopfträger auf die zwischen der aufgeworfenen Erde liegenden Leichen.

»La cadouille!« rief der Kolonel lakonisch.

Sofort wurden die Chinesen und die Weiber gepackt und ihnen die Kleider vom Leibe gerissen. Dann wurden sie zu Boden geworfen und von Tirailleuren an Händen und Füßen festgehalten. Zu jedem von ihnen trat ein Eingeborener mit einem zähen Bambusstock.

Taktmäßig sausten die Hiebe auf die nackten Rücken.

Ein tonkinesischer Sergeant zählte mit monotoner Stimme: ‚Mot, — hai, — bah . . . Eins — zwei — drei . . .' bis fünfundzwanzig.

Die Rücken der Geschlagenen waren von blutigen Striemen bedeckt.

Nach dem fünfundzwanzigsten Hiebe ließ der Kolonel von neuem die Frage an die Chinesen richten.

Sie schwiegen noch immer!

Von neuem sollte die Prozedur vorgenommen werden. — Allein der Trotz des einen der alten Weiber war gebrochen.

Stoßweise kam die Beichte heraus. In kurzen abgebrochenen Sätzen übersetzte sie der Dolmetscher dem Kolonel.

„Vor zwei Wochen Jak (Anamitischer Name für Piraten) fünf weiße Soldaten gebracht . . . nicht wollen leben lassen . . . . . eingegraben lebendig bis an den Hals und Bambus in den Mund gesteckt . . . . . ganzes Gesicht mit Saft von Zuckerrohr eingerieben . . . . . Ameisen, viele Ameisen darauf geleitet . . . . . Weiße Soldaten geschrien und Chinesen gelacht!"

Die Zuhörer überlief ein kaltes Grausen.

Der Oesterreicher, von innerem Schauder gepackt, murmelte vor sich hin:

„Nemesis! Nemesis!"

„Was meinst Du?" fragte ihn Heidt.

„Ich denke an Rosch und seine Geschichte von dem Kinde. — Und ich bin auch sicher, daß er seine Congai auf dem Gewissen gehabt hat! — Es giebt doch noch einen Gott und eine Gerechtigkeit!"

„Nein, es giebt keinen Gott!" entgegnete ihm Heidt. Denn wenn es einen gäbe, könnte er es nicht zulassen, daß solche Scheußlichkeiten geschehen, könnte er aber auch nicht

alten Verhältnissen nicht ausgeschlossen gewesen wäre, daß die Agnaten als Privateigenthümer das Gesammteinkommen aus den Domänen in die Tasche stecken, und der Würde, damit aber auch der Bürde eines Herrschers entsagen. Daraus hatte das „Hamburger Echo“ und die „Thüringer Tribüne“ das Gothaische Parteiblatt einer höchst überflüssigen Besorgniß um das landesväterliche Regiment im Herzogthum geziehen, und die bürgerlichen Blätter hatten den Bissen gierig aufgeschnappt. Der „Vorwärts“ nimmt die Gothaer gegen diese Unterstellungen in Schutz durch die Darstellung der eigenartigen thatsächlichen Verhältnisse des Ländchens. „Die Existenz des Koburg-Gothaischen Staatswesens,“ schreibt der „Vorwärts“, „beruht auf den Nutzungen aus dem sogenannten Domänengute, dem umfangreichsten, einen großen Theil des Landes bildenden Grundbesitz. Dieses Domänengut war bisher Privatbesitz der herzoglichen Familie. Der Staat hatte zwar an den Nutzungen Antheil (nach dem letzten Etat 300 000 Mark jährlich), aber kein Eigenthumsrecht. Für ein Land mit kaum 50 000 mündigen männlichen Einwohnern sind 300 000 Mark Jahreseinnahme eine gewaltige Summe. Die bisher bestandene Vertheilungsart und die feudale Bewirthschaftungsweise legten die Gefahr nahe, daß zwar die Einkünfte der herzoglichen Familie nicht allzu sehr, die Einkünfte des Staates aber in höchstem Grade gefährdet waren. Sobald aber die herzogliche Familie aus irgend einem Grunde aufhörte, das Herzogthum zu regieren, dann hörten auch die Nutzungen des Staates an dem Domänengute auf; dieses ging in reines Privateigenthum der Herzogsfamilie über und die paar Steuerzahler könnten zusehen, wo sie das Geld zur Landesverwaltung hernehmen. Solange dieser Zustand bestand, hatte allerdings die ganze Bevölkerung einschließlich der Sozialdemokraten ein sehr lebhaftes Interesse daran, wieder einen Thronfolger aus dem koburgischen Hause zu finden. Daß dieser Zustand so lange (seit 1854) bestand, ist wesentlich freisinniger Waschlappigkeit geschuldet. Seine ernsthafte Bekämpfung durch unsere Parteigenossen im Landtage hat wesentlich mit zu ihren Landtags-Wahlerfolgen beigetragen, und daß er jetzt beseitigt wird, daß dem Lande seine bisherigen Einkünfte aus dem Domänengute sicher gestellt werden, unabhängig davon, ob ein koburgischer Prinz oder ein sozialdemokratischer Schuster an der Spitze dieses Staatswesens steht, das ist das alleinige Verdienst unserer Parteigenossen in Gotha. Ihrer energischen Vertretung der Volksinteressen ist es zu danken, daß das Land sich jetzt nicht mehr um einen Thronfolger zu sorgen braucht, falls den Herren aus dem Hause Koburg die Herrscherbürde einmal zu schwer erscheint. Die abgedankten Freisinnigen ärgern sich natürlich mächtig darüber, daß die Wähler nichts mehr von ihnen wissen wollten, und sie suchen nun das neue Domänenabkommen, das vom Landtage vor einigen Tagen genehmigt wurde und nur noch der Ausführung harrt, als werthlos und unnöthig zugleich hinzustellen. In einer polemischen Auseinandersetzung mit den Freisinnigen, um zu zeigen, wie groß die Gefahr für die Existenz des Landes unter dem bisherigen Zustande war, ist der Artikel geschrieben, aus dem das angegriffene Zitat stammt, und der Artikel selbst läßt gar keinen Zweifel über diesen Zusammenhang.“

Die Verurtheilung Todeschinis. Genosse Todeschini ist der unerschrockene sozialistische Advokat von Verona, der in seinem Organ „Das Volk von Verona“, nicht aufhörte, dem Leutnant Trivulzio den Mord an seiner Geliebten vorzuwerfen. Wir haben über diese blutige Skandalgeschichte mehrfach berichtet, sie sei kurz rekapitulirt: In der Etsch wurde Anfang des vorigen Jahres der Leichnam eines jungen Mädchens, in Stücke geschnitten und in einen Sack eingenäht, aufgefunden. Der That verdächtig war der Geliebte des Mädchens, ein Leutnant Trivulzio. Derselbe wurde aber freigesprochen, da die Zeugen vielfach versagten, allem Anschein nach vom militärischen Klüngel beeinflußt und eingeschüchtert, auch die Untersuchung war sehr lässig geführt worden. Die Sozialisten von Verona, vor allem aber deren Organ fuhren fort, den Leutnant Trivulzio des Mordes zu bezichtigen. Dies führte zu einer Klage des Leutnants gegen Todeschini, den Redakteur des sozialistischen Blattes. Der Prozeß dauert schon seit Monaten. Anfang Dezember war der Prozeß so weit gediehen, daß der Staatsanwalt Majotti sein Plaidoyer beginnen sollte. Am bestimmten Tage erschien der Staatsanwalt aber nicht im Gerichtssaal, worauf man ihn suchte und in seiner Wohnung todt vorfand. Er hatte sich durch eine Revolverkugel ins rechte Ohr das Leben genommen. Zweifellos war der ehrliche und gewissenhafte Jurist von der Schuld Trivulzios überzeugt worden und war nur zu schwach, dies öffentlich zu bekennen und die furchtbare Anklage des Mordes gegen den Sprößling einer mächtigen Familie zu schleudern. Der Prozeß ist nun noch den ganzen Monat Dezember weitergeführt worden. Alle Behauptungen Todeschinis erwiesen sich als wahr, und der Vertheidiger wie er selbst sprachen in ihren Vertheidigungsreden offen und unter großem Beifall des Publikums ihre Ueberzeugung von der Schuld Trivulzios aus. Trotzdem ist, wie schon kurz gemeldet, das Unglaubliche geschehen; Todeschini ist wegen Beleidigung des Leutnants Trivulzio durch die Presse zu 23 Monaten und zehn Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Affaire wird damit kaum beendet sein, denn die sozialistische Partei wird den Kampf weiterführen und nicht eher ruhen, bis sie die militärische Camorra überwunden hat.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wie man aus Westpreußen berichtet, hatte eine alte Frau in Elbing ihren gesammten Sparpfennig von 800 Mark im Heizloche des Kochherdes aufbewahrt. Als sie erkrankte, kam ihr eine Nachbarin zu Hülfe und machte vor allen Dingen Feuer an, wobei die 600 Mark in Banknoten, die diesem Verstecke anvertraut waren, ein Raub der Flammen wurden. Aber auch von dem vorhandenen Baargelde waren nur noch etwa 80 Mark brauchbar. Ein ganzes Leben voll Arbeit und Entbehrung war damit in Rauch aufgegangen! — Bei einem größeren Brande in Berlin in der Großen Frankfurter Straße erkrankten 5 Feuerwehrleute an Rauchvergiftung. Der durch den Brand verursachte Schaden ist bedeutend. — Der Briefverkehr innerhalb Berlins zu Neujahr belief sich nach der amtlichen Statistik an 12½ Millionen Stück. — Zwischen zwei Soldaten kam es in einem Lokal in Raab zu Hänseleien. Als beim Verlassen des Lokals der Eine dem Anderen ein spöttisches Wort zurief, warf der Zurückbleibende ihm sein Bajonet nach, welches sich in den Rücken des Anderen einbohrte. Der Getroffene stürzte zu Boden und schien todt zu sein. In der Verzweiflung über seine That eilte der Kamerad auf den Korridor, lud sein Gewehr und drückte es auf sich ab. Die Kugel tödtete ihn augenblicklich; der Andere erholte sich bald wieder. Die durch den Bajonetstich verursachte Verletzung hat sich als eine leichte herausgestellt. — Aus Arad (Ungarn) erhält das „B. T.“ die Mittheilung, daß der Landwirth Pantsics seinen Vater erschossen hat. Der alte Pantsics behandelte seine Frau brutal, was seinen Sohn derart erbitterte, daß er drei Schüsse auf den alten Mann abgab, der tödtlich am Kopfe getroffen niedersank. — Wie dem „Pester Lloyd“ aus Großwardein gemeldet wird, hat die 71 jährige Frau Michael Jung aus Verzweiflung darüber, daß sie erblindete, einen grauenhaften Selbstmord verübt. Mit einem scharf geschliffenen Speisemesser hat sich die alte Frau buchstäblich enthauptet. Sie durchschnitt sich den Hals sammt dem Halswirbel, so daß der Kopf von dem Bette herabrollte. — In Glasgow sind 16 Fälle von Erkrankungen an Blattern festgestellt worden. Aus einem Logirhaus im nördlichen Theile Glasgows allein wurden 14 Kranke fortgeschafft. — Ein Mutter- und Geschwistermord wurde am 27. v. Mts. in Moskau, im Stadttheile Chamownicki, verübt. Die russischen Blätter melden darüber Folgendes: Der älteste Sohn des in Chamownicki lebenden österreichischen Staatsbürgers Rudolph Kar entwendete dem Vater den Betrag von 500 Rubeln, um seiner Geliebten Geschenke zu kaufen. Der Sohn heißt Alexander und ist absolvirter Realschüler. Seine Mutter erfuhr von diesem Diebstahl und machte dem Sohne Vorwürfe. Erbost darüber und aus Furcht vor Strafe ergriff der Sohn eine Hacke und erschlug die Mutter. Im zweiten Zimmer saß seine Schwester Martha, ein Mädchen von 18 Jahren, welche der jüngsten Schwester Hedwig Klavierunterricht ertheilte. Der Muttermörder stürzte in das Zimmer und tödtete die ältere Schwester durch Beilhiebe. Die kleine Hedwig bat flehentlich um ihr Leben, doch auch sie verschonte er nicht. Hedwig starb im Spital nach dreitägigen Qualen. Der 20 jährige Mörder befindet sich in Haft und hat alles gestanden. Sein Vater Rudolph soll auf die Kunde von der Ermordung seiner Frau und Kinder den Verstand verloren haben; wer der Thäter ist, wurde ihm verheimlicht.

Brockau sucht einen Gemeindevorsteher, und was für einen! Wir lesen in Nr. 51 des „Anzeigers für Gemeindebeamte“: Der Gemeindevorstand zu Brockau bei Breslau hat bei der Ausschreibung der Stelle seines Vorstehers unterm 30. November d. J. den Versuch unternommen, allerlei Uebelständen und Fährnissen bei der Wahl vorzubeugen. Er will keinen Bewerber sehen, damit durch dessen persönliche Erscheinung die Objektivität des Urtheils nicht beeinträchtigt wird. Dagegen wollen die Gemeindeverordneten durch 42 Fragen, deren Beantwortung der Bewerber mit seiner Meldung einzureichen hat, dessen Würdigkeit für das übrigens nicht schlecht bezahlte Amt zu ermitteln trachten. Nicht wahrheitsgemäße Beantwortung einer oder der anderen Frage zieht Wiederentlassung aus dem Amte nach sich, wenn vertrauensselig die Wahl erfolgen sollte, ehe der Trug aus Licht des Tages gezogen ward. Aber was für Fragen werden da nicht gestellt! Die Vornamen müssen sämmtlich angegeben werden. Auch eingehendste Angaben über die Eltern des Bewerbers, über Verwandte in der Seitenlinie, die Ehefrau und deren Anverwandte werden gefordert. Ferner ist Klarlegung des bestehenden, oder eines etwa gelösten Ehebündnisses, die Darlegung der Vermögenslage der bewerbenden Eheleute bis zur Angabe über die Art der Anlage des Vermögens zur Vorbedingung gemacht. Die Fähigkeiten des Bewerbers auf gewerblichem, kunstgewerblichem und litterarischem Gebiete, seine Sprachkenntnisse (Brockau und Umgegend hat ausschließlich deutschsprechende Bevölkerung), seine Alimentationsverpflichtung — auch wenn letztere nur in Aussicht steht. — Alles, alles, wollen die Gemeindevertreter von Brockau wissen. Der Vogel wird aber unbedingt durch die Frage 15 abgeschossen, welche mit Angabe der Körperlänge und des Körpergewichts des Bewerbers beantwortet werden soll. Die Meldungsbedingungen sind, wie nicht anders zu erwarten, kurz und gemessen gehalten. Alles ist bis auf den i-Punkt vorgeschrieben, auch die Form und Qualität des zur schriftlichen Bewerbung zu verwendenden Papiers. Bemerkenswerth ist, daß nur „ungeschminkte Atteste“ über die Fähigkeiten des Bewerbers beizubringen sind, und daß der Bewerber sicher sein muß, ein den Gemeindevorstand zufriedenstellendes Physikatsattest über seine körperliche Tauglichkeit für den Posten zu erlangen, falls er von demselben zur Einreichung eines solchen veranlaßt wird. Endlich wird zur Entnahme eines Planes von Brockau eingeladen, für welchen aber noch 1 Mk. besonders an den Gemeindevorsteher zu entrichten ist.“ — Die Brockauer sind ebenso vorsichtige wie praktische Leute.

Der degradirte Todte. Eine eigenthümliche Angelegenheit behandelt die „Wiener Allg. Ztg.“ in einem längeren Artikel, dem wir Folgendes entnehmen: Ein junger Wiener Industrieller bemerkte, daß er von seiner Frau betrogen wurde. Der Verführer der Frau stellte diese überall als seine „Braut“ vor. Der Ehemann erhob vor Gericht die Ehebruchsklage und ließ sich gleichzeitig scheiden. Die Angelegenheit hatte ihn so ergriffen, daß er unmittelbar nach Abschluß derselben in schwere Krankheit verfiel und bald darauf starb. Seine Wittwe vermählte sich unmittelbar darauf mit ihrem Verführer. Bis hierher unterscheidet sich der Fall in nichts von ähnlichen anderen Fällen. Vor dem Tode des Unglücklichen war aber ein Schritt unternommen, der der Sache ein eigenthümliches Aussehen giebt. Der betrogene Ehemann war auch Leutnant in der Reserve des 5. Landwehr-Ulanen-Regiments, bei welchem der Verführer zu Lebzeiten des Ehemannes die Anzeige erstattete: Er, der Anzeiger, habe die Frau des Herrn N. verführt, und dieser Herr habe ihn dafür nicht zum Duell gefordert. Mittlerweile war der Tod des Unglücklichen eingetreten; trotzdem das Regiment von demselben verständigt worden war, fällte der Offiziers-Ehrenrath über das Grab hinaus das Urtheil, demzufolge der Todte seiner Offizierscharge verlustig erklärt wurde. Gleichzeitig erging an den Bruder des Verstorbenen, der gleichfalls Reserveoffizier ist, der strenge Befehl, das Offizierspatent des Todten zurückzustellen. Der Bruder weigert sich, diesem Befehl nachzukommen, und will lieber seine Offizierscharge niederlegen, ehe er sich entschließt, der gegen seinen todten Bruder einschreitenden Militärjustiz behilflich zu sein.

Vom deutsch-polnischen Kriegsschauplatz. Der Fleischermeister Joseph Kazmierszak in Exin war von der dortigen Polizei in eine Geldstrafe genommen worden, weil er auf seinem Schilde seinen Vornamen „Jozef“ geschrieben hatte, was als Polonisirung aufgefaßt wurde. K. erhob gegen die Strafverfügung Widerspruch, wurde aber vom Schöffengericht abgewiesen, worauf sich die Strafkammer in Bromberg mit dem Fall zu beschäftigen hatte. K. wurde hier gefragt, er habe seinen Vornamen so zu schreiben, wie er im Taufschein stände, worauf sich ergab, daß sein lateinisch gefaßter Taufschein den Namen „Josephus“ enthielt. Der Vertheidiger bemerkte dazu, daß K. sich doch nicht gut Josephus nennen könnte, da das wieder eine Latinisirung gewesen wäre; K. wäre polnischer Herkunft, und dessen Eltern hätten deshalb den lateinischen Namen mit dem polnischen „Jozef“ umschrieben. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, wobei er den Einwendungen der Vertheidigung gegenüber bemerkte, „Leute polnischer Herkunft“ kenne er nicht. Die Strafkammer verwarf die Berufung des K. Ebenso erging es einem anderen polnischen Einwohner der Stadt Exin, der von der dortigen Polizei ein Strafmandat bekommen hatte, weil er auf seinem Schild seinen Vornamen in Stanislaw „polonisirt“ habe, während der Taufschein auf Stanislaus lautet. — Wurden denn die Grundlagen des preußischen Staates dadurch erschüttert, daß der Fleischermeister seinen Vornamen mit einem „ż“ statt „j“ schrieb?

Ein versteinerter Wald. Die große Wüste in dem verbotenen Hinterland von Tripolis, die 50 Jahre lang nicht von Europäern besucht wurde, ist jetzt von den Mitgliedern einer Expedition, die im März fortging, erforscht worden. Zu den größten Merkwürdigkeiten, die sie auf der Reise nach Murzuk fanden, gehörte ein großer versteinerter Wald. Zehn Stunden lang zogen sie durch ein Gebiet von versteinerten Bäumen. Jeder Stamm lag natürlich hingestreckt; diese Thatsache zusammen mit der Anwesenheit von Seemuscheln zeigte, daß dieser Theil der großen Sahara einmal unter Wasser gestanden hatte. Eine weitere auffällige Beobachtung war das Auftreten starker atmosphärischer Elektrizitätsmengen in jener Gegend. So waren die Reisenden in einer Nacht von nicht weniger als fünf verschiedenen Gewittern eingeschlossen, und die Flinten und Speere der Gesellschaft strahlten in Elmsfeuern, was die abergläubischen Begleiter sehr beunruhigte, denn sie sahen dies als ein Strafgericht an, weil sie mit „Ungläubigen“ gereist waren.

Heiteres. Naturbestimmung. Herr: Trotz der Frauenemanzipation werden sich die Damen einem Gebot stets gern unterwerfen.

Dame: Und das wäre?

Herr: Dem Aufgebot.

---

zugeben, daß ein Mensch, der doch sein getreues Ebenbild sein soll, so verrohen und verkommen kann, wie Rosch. Ich glaube . . .“

„Rassemblement!“ unterbrach ihn die durchdringende Kommandostimme des Kolonel.

Sofort schmetterten die verschiedenen Kompagniesignale. Die durcheinandergewürfelten Mannschaften sammelten sich auf dem freien Raum um die Pagode.

Heidt und der Oesterreicher standen im Gliede. Von hier aus sahen sie, wie die Gefangenen neben den ausgegrabenen Leichen niederknieten. Ein stämmiger Annamit trat mit einem schweren, nach unten breiter werdenden Schwerte an sie heran. Stumpf und apathisch senkten die Chinesen die Köpfe. . . . Ein eigenthümlich krachendes Geräusch wiederholte sich mehrere Male und jedesmal rollte ein abgeschlagenes Haupt in die aufgewühlte Erde. — — —

— — — — — — — — — — — — — —

In dem Berichte, der später an das Ministerium der Kolonien nach Paris ging, wurde der erfolgreiche Ausgang der Expedition gebührend dargestellt: Ein wichtiger Schritt zur weiteren Pazifizirung des Landes sei gethan. Besonders wurde hervorgehoben, daß der moralische Werth der Unternehmungen insofern ein bedeutender gewesen sei, als die Truppe sich in Gegenden gezeigt habe, in welche bis dahin noch kein Europäer gekommen sei.

Die Zeitungen sorgten dann dafür, daß der Siegeslauf der Zivilisation im fernen Indochina gehörig beleuchtet wurde.

Auch die deutschen Blätter nahmen, dank des erwachenden Interesses für kolonialeUnternehmungen, Notiz davon. Frankreich versucht jetzt mit aller Energie geregelte Zustände in seinen überseeischen Besitzungen herbeizuführen. Ein jedes Volk, das Kolonien besitzt, hat die Pflicht, in den fernen Erdtheilen hohe Kulturaufgaben zu erfüllen, abendländische Gesittung und Bildung unter dem zum Theil noch barbarischen Naturvölkern zu verbreiten. Die Franzosen sind ein hochentwickeltes Kulturvolk, dessen Wirken in ganz China nur segensreich wirken kann. Auch wir — — —

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Lützowstraße 85 a) haben soeben das Januarheft ihres VIII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor:

Ignaz Auer: Partei und Gewerkschaft. — Ria Claassen: Stefan George. — Richard Calwer: Der Zolltarifentwurf. — Carl Legien: Tarifgemeinschaften und gemeinsame Verbände von Arbeitern und Unternehmern. — Eduard Bernstein: Der Gang der wirthschaftlichen Entwickelung. — Heinrich Kauffmann: Zur Frage der genossenschaftlichen Produktion durch Produktivgenossenschaften. — Wilhelm Düwell: Wohlfahrtseinrichtungen. — Dr. Conrad Schmidt: Ein neues Buch über die Frauenfrage. — Rundschau. — Als Beigabe bringt das Heft das erste der Oeffentlichkeit übergebene Portrait von Stefan George, gezeichnet von Karl Bauer.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Postzeitungs-Katalog Nr. 7138) ferner direkt bei der Expedition der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Lützowstr. 85 a. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert). Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franko.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.